



Im Parlament saßen gestern Journalisten. Die großen Parteienfamilien hatten in Brüssel wenig zu feiern. Die Wahlbeteiligung ist ein Sieg für Europa.



„Es wird Streit in der EVP geben“

Der EU-Experte Andreas Maurer von der Uni Innsbruck erwartet, dass die stärkere Zersplitterung das EU-Parlament schwächt.

Was ist für Sie die größte Überraschung bei dieser Europawahl?

Andreas Maurer: Die hohe Wahlbeteiligung. Sie kommt zwei Gruppen zugute: Einerseits – das war zu erwarten – den rechtsextremen und antieuropäischen Parteien. Andererseits – und das ist für mich der große Überraschungseffekt – den grünen und kleinen progressiven Parteien. Sie konnten Nutzen ziehen aus den sozialen Bewegungen der letzten Wochen, vor allem „Fridays for Future“. Jugendliche gehen tatsächlich wählen, wenn sie der Ansicht sind, dass diese Wahl für sie entscheidend ist.

Die Europäische Volkspartei (EVP) und die Sozialdemokraten haben ihre gemeinsame Mehrheit verloren. Was bedeutet das für das Machtgefüge in Brüssel?

Maurer: Es wird dazu führen, dass das Europäische Parlament im Dreieck mit Kommission und Rat (der nationalen Regierungen, Anm.) als Akteur verlieren wird. Weil es nicht mehr so geschlossen und mit großen Inhalten auftreten kann, wie wir das bisher gekannt haben. Die Mehrheiten werden so knapp, dass der Rat die Parlamentsposition zerstückeln kann. Wenn die Mehrheit bei gerade zehn Abgeordneten liegt, weiß der Rat ganz genau, welche Abgeordneten er auf seine Seite ziehen muss.

Ist es zu dem Rechtsruck gekommen, den viele Proeuropäer befürchtet hatten?

Maurer: Es wurde behauptet, die Rechtsradikalen und die Antieuropäer würden zur drittstärksten Fraktion aufsteigen. Das war von Anfang



Maurer lehrt und forscht in Innsbruck mit Schwerpunkt „Europäische Integration“.

Foto: Friedle

an Blödsinn. Allem Anschein nach werden sie nach den Liberalen die viertstärkste Fraktion bilden. Damit haben sie Ansprüche, etwa auf die Nominierung von Vorsitzenden in einigen Ausschüssen. Damit können sie die Agenda des EU-Parlaments aufmischen.

Werden die anderen Fraktionen die Rechtsparteien weiterhin ausschließen, oder kann es auch zu Kooperationen kommen?

Maurer: Darüber wird es auf jeden Fall Streit innerhalb der christdemokratischen Familie geben. Personen wie Kanzler Sebastian Kurz oder der EVP-Spitzenkandidat Manfred Weber spielen ja durchaus mit dem Gedanken, sich gegenüber den rechtsnationalen Gruppierungen zu öffnen. Der erste Lackmus-Test, an dem man das beobachten wird, ist die Frage, wie man mit dem ungarischen Premier Viktor Orbán umgeht. Das kann dazu führen, dass die Christdemokraten sich spalten und die EVP auseinanderfällt.

Das Gespräch führte Floo Weißmann

aber auch gespaltener

Liberalen legen zu. Auch die Rechten gewinnen, Rechtsruck blieb aber aus.

den Posten des Kommissionspräsidenten und damit für die Nachfolge von Jean-Claude Juncker. Allerdings ist fraglich, ob er im Abgeordnetenhaus dafür auch eine Mehrheit bekommt. Denn der bayerische CSU-Politiker Weber ist durch den Verlust der Mehrheit von Konservativen und Sozialdemokraten auf die Unterstützung einer dritten Fraktion angewiesen, was die Einigung auf einen Kommissionspräsidenten erheblich schwieriger machen wird. Plötzlich sind die vermeintlich Kleinen – vor allem Grüne und Liberale – das Zünglein an der Waage.

Möglich wäre eine Koalition von EVP und S&D nach derzeitigem Stand sowohl mit den Liberalen (ALDE) als auch mit den Grünen. Die ALDE dürfte zusammen mit der französischen Präsidentenpartei En Marche 108 Sitze erlangen gegenüber 68 derzeit. Die Grünen (GUE/NGL) schafften diesmal 67 Sitze (derzeit 52), beflügelt vom Re-

kordergebnis im größten EU-Staat Deutschland. Die Linke kommt laut Prognose auf 39 (bisher 52) Sitze. Fest steht: Die bisherige informelle Große Koalition aus Christ- und Sozialdemokraten in Brüssel ist am Ende. Um sich gegen die EU-Skeptiker und -Geg-

„Die europäische Demokratie lebt. Das Europäische Parlament muss Einfluss auf Inhalte und Personalentscheidungen haben.“

Manfred Weber (Spitzenkandidat der EVP)

ner sowohl rechts als auch links zu behaupten, werden Christdemokraten, Sozialdemokraten, Grüne und Liberale künftig noch häufiger zusammenarbeiten müssen.

Anders wird es dem Parlament auch nicht gelingen, sich bei der Wahl des Kommissionspräsidenten gegen die Staats- und Regierungschefs zu behaupten. Für den

CSU-Politiker und Spitzenkandidaten der europäischen Christdemokraten, Manfred Weber, stehen die Chancen, nächster EU-Kommissionspräsident zu werden, jedenfalls nicht besonders gut.

Die Schlappe der Volksparteien in Europa spiegelt sich besonders in den Ergebnissen aus dem bevölkerungsstärksten EU-Mitgliedsland Deutschland wider, wo die Union aus CDU und CSU und vor allem die SPD historisch schlecht abschnitt. Die Union kam in Prognosen von ARD und ZDF nur noch auf 28,1 bis 28,7 Prozent, nach 35,3 Prozent vor fünf Jahren. Die SPD stürzte laut Prognosen von 27,3 gar auf nur noch 15,5 Prozent ab und fiel auf den dritten Platz deutlich hin-

„Wir haben ein Mandat für Wandel bekommen.“

Ska Keller (Spitzenkandidatin der Grünen)

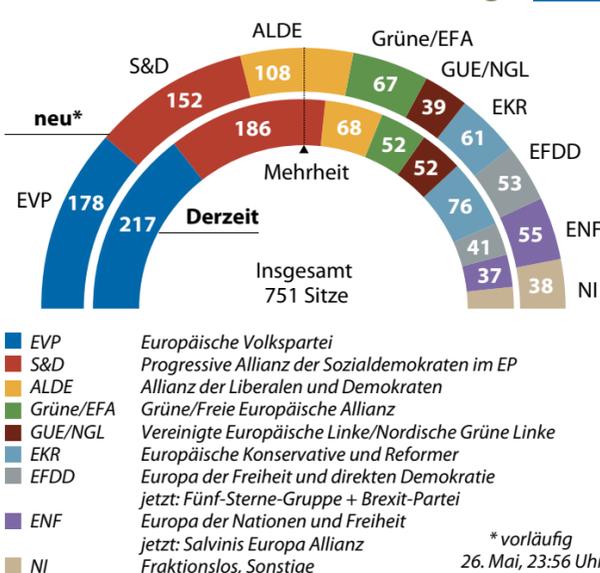
ter den Grünen zurück. Diese schnitten laut Prognosen mit 20,8 Prozent sensationell stark ab und wurden erstmals bundesweit zweitstärkste Kraft.

Gestärkt aus der Wahl gehen auch die rechten bzw. europakritischen Fraktionen hervor. Zulegen konnte vor allem die ENF (Europa der Nationen und der Freiheit), der auch die FPÖ angehört, sowie die EFDD (Europa der Freiheit und der direkten Demokratie). Sie liegen nunmehr laut Prognose bei 55 und 53 Sitzen. Die Europäischen Konservativen und Reformer (EKR), denen u. a. die polnische PiS und die britischen Tories angehören, kommen hingegen nur noch auf 61 statt 77 Sitze.

Die drei rechtspopulistischen und nationalistischen Fraktionen kommen zusammen auf 169 Sitze. Es wird allerdings erwartet, dass Fraktionen sich neu sortieren. So

könnte sich die rechtsnationale Fidesz-Partei von Premier Orbán, die laut Prognosen stark hinzugewann, von der EVP lossagen und sich der neuen Rechtsallianz des italienischen Lega-Chefs Matteo Salvini anschließen. Laut Prognosen lag Fidesz bei 42 Prozent und damit um 14 Prozentpunkte über dem Ergebnis von 2014. In Frankreich schlug die Rechtspopulistin Marine Le Pen mit ihrer Partei Rassemblement National laut Prognosen die Regierungspartei La République en Marche von Präsident Emmanuel Macron. Aber sie kam mit 24,2 Prozent nicht über ihr Ergebnis von 2014 hinaus – damals erhielt ihre Partei 24,9 Prozent. Die größten Zugewinne für das rechte Lager durfte Salvini in Italien sowie die Brexit-Partei in Großbritannien erwarten. Der Lega kommt laut Prognosen auf 27 bis 31 Prozent, nach nur 6,2 Prozent bei der Europawahl 2014. Die Brexit-Partei siegte in Großbritannien. Einige Rechtsparteien schnitten freilich schwächer ab als erwartet, darunter auch die Alternative für Deutschland. Sie kam auf rund 10,5 Prozent und lag damit über den 7,1 Prozent des Jahres 2014 – aber unter dem Ergebnis der Bundestagswahl 2017. Auch in Finnland und Dänemark blieben die Parteien hinter den Erwartungen. Spannend bleibt, ob sich die drei EU-kritischen Fraktionen am rechten Rand zusammenschließen werden. Die Erwartungen von Italiens rechtem Vizepremier Matteo Salvini von der Lega dürften sich jedenfalls nicht vollends erfüllt haben. Mit Riesenambitionen war er in die Wahl gegangen, wollte das neue „Bündnis Europäische Allianz der Völker und Nationen“ zur größten Parteienfamilie im Parlament machen. Von einer Mehrheit der 751 Sitze ist das Salvini-Bündnis freilich meilenweit entfernt. (jef, dpa, APA)

Sitze EU-Parlament – Hochrechnung



EU-Fahrplan: So geht es weiter

Morgen, 28. Mai. Die EU-Staats- und Regierungschefs wollen beim Sondergipfel über das Personalpaket für die zu vergebenden Spitzenpositionen in der Europäischen Union zu diskutieren beginnen – vorrangig geht es um den künftigen EU-Kommissionspräsidenten.

29. Mai. Die Abgeordneten der Europäischen Volkspartei (EVP) treffen sich in Brüssel.

Juni. Die neuen EU-Abgeordneten beraten über die Bildung der Fraktionen für die 9. Wahlperiode. Spannend hierbei wird vor allem, wie und ob sich die drei bisherigen rechtsnationalen Fraktionen zusammenschließen. Und was mit der Fidesz-Partei von Ungarns Premier Viktor Orbán sein wird.

11. Juni. Treffen der sozialdemokratischen EU-Abgeordneten.

21./22. Juni. Regulärer EU-Gipfel

der Staats- und Regierungschefs zum EU-Spitzenpersonal.

2. Juli. Konstituierende Sitzung des neu gewählten EU-Parlaments mit Wahl des Parlamentspräsidenten.

15. bis 18. Juli. Erst in der zweiten Sitzung kann das Parlament den neuen Kommissionspräsidenten wählen.

September/Oktober. Die von den Staaten vorgeschlagenen Kommissionsmitglieder werden in den parlamentarischen Ausschüssen angehört. Das Parlament muss ihnen als Gesamtpaket zustimmen.

31. Oktober. Die Amtszeit von Kommissionschef Jean-Claude Juncker und der Kommissare endet. Zugleich läuft die Frist für den EU-Austritt Großbritanniens ab.

1. Dezember. Der neue Ratspräsident nimmt seine Arbeit auf.